

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 30 (1950-1951)
Heft: 3

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Plan Schuman und «Dritte Kraft»

Die politischen Entwicklungen, insbesondere im europäischen Bereich, sind in der Berichtsperiode in wesentlichem Maße vorangetrieben worden, und man geht wohl nicht fehl, als ein Hauptelement hiefür den sensationellen Plan des französischen Außenministers Schuman auf Vereinigung der europäischen Kohlen- und Stahlindustrie zu nennen. Es handelt sich dabei nach der neuen Entwicklung bereits nicht mehr um eine Angelegenheit, die Deutschland und Frankreich allein betreffen würde; denn nach den Auslegungen, welche dieser Plan inzwischen erfahren hat, soll der gesamte kontinentale Westen, also auch die Grundindustrie von Luxemburg und Belgien, einbezogen werden. Gelänge die Durchführung dieses gewaltigen Planes, so wäre dies ohne Zweifel ein ganz bedeutender Schritt in die Zukunft, im Sinne einer Bereinigung der allgemeinen europäischen Dinge, und zwar nicht ohne Blickrichtung nach Osten. Inzwischen scheinen bereits verschiedentlich Verhandlungen über Einzelheiten der Durchführung des Planes, vorerst zwischen französischen und deutschen Stellen, eingeleitet worden zu sein. Freilich wird diese Tatsache nicht darüber hinwiegäuschen können, daß die wichtigste Entscheidung in dieser Frage allein politischer Natur ist, und hier ist ein positives Ergebnis, trotz verschiedener ermutigender Anzeichen, noch nicht festzustellen. Das röhrt in erster Linie daher, daß diese politische Entscheidung nicht allein zwischen Frankreich und Deutschland getroffen werden kann, weil auf der einen Seite Deutschland überhaupt noch nicht befugt ist, eine solche Entscheidung zu treffen, während anderseits Frankreich unter dem Regime der Hochkommission sie nicht ohne Zustimmung der Vereinigten Staaten und Englands herbeiführen wird. Inzwischen sind nun einige Schwierigkeiten in Erscheinung getreten, die sich eben aus dem politischen Charakter der Entscheidung erklären. Was vorab England betrifft, so werden durch den sensationellen Plan sehr heikle Probleme aufgeworfen. Gewiß hat man es in London verstanden, nach Überwindung des unangenehmen Elementes der ersten Überraschung eine ziemlich freundliche Miene aufzusetzen. Allein man wird sich darüber klar sein, daß das an sich noch gar nichts bedeutet. Für die Lösung der Frage, wie sich England zu dem neuen Plan stellen soll, ist vorerst die Beantwortung aus dem Bereich der wirtschaftlichen Elemente unerlässlich. Ist es für die englische Kohlen- und Stahlindustrie wirtschaftlich zweckmäßig, sich an dem Plan, wenn er zustande kommt, zu beteiligen, oder erscheint das Bild der Lage aussichtsreicher, wenn die eigene Industrie sich davon fernhält? Es ist anzunehmen, daß darüber bereits eingehende Untersuchungen stattfinden. Wie auch ihr Ergebnis sein mag, so führen diese Untersuchungen in letzter Linie wieder auf das politische Gebiet. Vor allem wird England die Frage nicht ohne Konsultierung der Dominions entscheiden können. Hier aber

stellt sich ganz allgemein das Problem, ob nicht eine Beteiligung Englands aus politischen Gründen unerlässlich ist, damit unliebsame Entwicklungen verhindert werden. Solche Entwicklungen wären unter Umständen möglich, wenn der Plan in Zusammenhang mit dem Element der «Dritten Kraft» gebracht würde, worüber bereits verschiedene Versionen in Umlauf sind. Hier aber schaltet sich nun unmittelbar auch das Interesse der Vereinigten Staaten ein. Wie man weiß, ist dort der Plan Schuman mit großer Befriedigung aufgenommen worden, weil man darin endlich die lang vermißte europäische Initiative zu erkennen glaubte. Inzwischen aber sind bereits verschiedene skeptische Stimmen hörbar geworden, denn die Wendung im Sinne einer Förderung zu weitgehender europäischer Selbständigkeit bestrebungen läge wohl nicht im Interesse der Vereinigten Staaten, welche naturgemäß ihre gewaltigen Mittel nicht dafür eingesetzt haben und weiter einsetzen wollen, um am Ende einen Teil ihres Einflusses zu verlieren. Es erscheint zweckmäßig, nach wie vor die Strömungen nicht zu übersehen, welche nach einer solchen Richtung treiben. Neuerdings hört man denn auch davon, daß es unter den gegebenen Umständen nicht möglich gewesen wäre, Frankreich an der Londoner Konferenz jene Erhöhung seiner militärischen Maßnahmen zuzumuten, welche der Vertreter der Vereinigten Staaten offenbar im Sinne hatte. Somit wäre dann der Plan Schuman gleichsam als wohltätige Ablenkung eingesprungen, indem er die Amerikaner dazu veranlassen konnte, von ihren ursprünglichen Absichten wieder abzukommen. Jedenfalls zeigt es sich, daß die Stimmung in Frankreich doch ziemlich labil geworden ist. Soll hier der Plan Schuman einen Ausweg bieten? Soll er am Ende das schwach werdende Frankreich mit Westdeutschland im Sinne der «Dritten Kraft» zusammenführen, und so die beiden gemeinsam aus einem kommenden Konflikt herauszuheben suchen? Das wäre nun freilich eine ganz besonders bedeutsame Entwicklung, und niemand wäre erstaunt, wenn die Leitung der amerikanischen Politik sich unter diesen Umständen allmählich einer zunehmenden Zurückhaltung in bezug auf den weitgehenden Plan zuwenden würde. Jedenfalls ist es zweckmäßig, die Perspektiven des Planes Schuman auch nach dieser Richtung im Auge zu behalten, denn es handelt sich hier um ein Problem, das nicht nur für die europäische Entwicklung, sondern, darüber hinaus, im weltpolitischen Rahmen eines Tages ganz besondere Bedeutung erlangen könnte.

Jann v. Sprecher

Militärische Umschau

Weltmachtstrategie im Atomzeitalter

In der neuesten Nummer der in New York erscheinenden Vierteljahresschrift «*Foreign Affairs*» veröffentlicht der militärische Redaktor der «*New York Times*», *Hanson W. Baldwin*, eine interessante Abhandlung unter dem Titel «*Strategy for two atomic worlds*». Baldwin war ursprünglich Marineoffizier. Er ist ein anerkannter militärischer Sachverständiger und hat sich auch als Verfasser verschiedener Bücher, wie z. B. «*Strategy for Victory*» und «*The Price of Power*», einen Namen gemacht. Seine scharfe Kritik an den bestehenden Zuständen ist in den U.S.A. sehr beachtet worden. Im folgenden werden seine Ausführungen stark gekürzt wiedergegeben:

I.

«Das Ende des amerikanischen Monopols der Atombombe und Trumans Entschluß die Wasserstoffbombe herstellen zu lassen, haben die Weltkrise nähergerückt. Man weiß nicht, wann die russischen Atombomben strategische Bedeutung erlangen, man muß aber annehmen, daß die Sowjetunion ab Oktober 1949 innerhalb von ein bis zwei Jahren zwischen 10 und 100 Atombomben zur Verfügung haben wird. Falls die U.S.A. die noch schrecklichere Wasserstoffbombe herstellen können, wird dies auch Rußland gelingen.

Es ist für die U.S.A. ein geringer Trost, bei der Bombenherstellung die Führung zu behalten. Mit der Zeit werden ihnen die russischen Bombenreserven im politischen Sinne, vielleicht sogar im strategischen, die Waage halten. Das wird in besonderem Maße der Fall sein, sobald russische Bomben auf Ziele in Westeuropa und in den U.S.A. abgeworfen werden könnten. Schon vor der «Atomexplosion» des letzten Sommers besaß die Sowjetunion die aus drei Langstreckenluftarmeen bestehende «Langstreckenluftwaffe». Sie hat vermutlich einen Bestand von 100 bis 250 Maschinen vom Typus B-29. Voraussichtlich kommen heute keine Flugzeuge den amerikanischen B-36 hinsichtlich Flugdistanzen gleich. Die russische B-29 kann aber alle Teile Westeuropas und Asiens anfliegen. Sie könnte auch leicht wichtige Zentren im Norden der U.S.A. in sogenannten «Selbstmordflügen» (Einwegflügen) erreichen.

Leider haben die U.S.A. die Jahre der «atomischen Gnade» nicht genügend nutzbringend verwendet. Sie rechneten nicht mit einem so baldigen Ende des Atommonopols, verharren aber in einer Stimmung, die bald schicksalsergeben, bald selbstgefährlich genannt werden kann.

Obwohl die amerikanischen Städte und Industriezentren Hauptziele feindlicher Atombomben sein würden, ist wenig oder nichts zu deren Verteidigung unternommen worden. Eine völlige Dezentralisation der Städte ist aus wirtschaftlichen und politischen Gründen unmöglich. Die Ruinen von Hiroshima vor Augen, wurden praktische Maßnahmen zur Verringerung der Verwundbarkeit der großen Städte studiert. Nur wenige Gemeinwesen haben aber abgeänderte Vorschriften erlassen. Nicht einmal versuchsweise sind Schutzräume erstellt worden; neue unterirdische Bauten wurden gebaut, ohne die Gefahren des heutigen Zeitalters zu bedenken.

Schon die elementarste Vorsorge für die öffentliche Sicherheit könnte zu einer allmählichen Lockerung führen: Anlage von Grüngürteln in den Vorstädten wachsender Gemeinwesen, klarere Abgrenzung der Industriegebiete gegenüber Wohnvierteln, Dezentralisation von Spitäler, Polizei und Feuerwehren, Verringerung der Bevölkerungsdichte in den Zentren der großen Städte. In Tat und Wahrheit verschlimmern sich aber die Zustände zusehends. So werden z. B. in New York Wohnhäuser und Geschäftsgebäude errichtet, die die Bevölkerungsdichte gewaltig erhöhen.

Das gleiche gilt für die Auflockerung der amerikanischen Industrieanlagen. Die Dezentralisation bewegt sich heute wie der Frosch, der versucht, aus dem Brunnen hinauszugelangen: ein Sprung vorwärts und zwei zurück. Zwei Beispiele sollen angeführt werden: Von der Regierung ermuntert, siedelte die Chance Vought Flugzeugabteilung der United Aircraft Corporation, die wichtige Jagdmaschinen für die Flotte herstellt, von der übervölkerten und leicht verwundbaren Stadt Stratford bei Bridgeport in Connecticut nach Dallas in Texas über. Neuerdings wurde nun Bridgeport offiziell als Gebiet mit akuter Arbeitslosigkeit bezeichnet, worauf die Stadtbehörden, von Staats- und Bundesregierung unterstützt, mit einem gewissen Erfolg versuchten, neue Industrien zu bewegen, sich dort niederzulassen. Unter diesen findet man wiederum eine Gesellschaft zur Herstellung von Flugzeugen und eine solche, die Raketen geschütze baut. Neuere Versuche, die Hauptmasse der Boeing Flugzeugindustrie von Seattle, Washington, nach Wichita, Kansas, zu überführen, riefen einen politischen Entrüstungsturm hervor.

Es ist fast nichts unternommen worden, um die Zivilbevölkerung zu schützen. Man darf wohl behaupten, daß bei den Luftangriffen des letzten Krieges die Maßnahmen zum Schutze der Zivilbevölkerung Großbritannien gerettet haben; auf alle Fälle reduzierten sie die Zahl der Opfer auf ein Minimum. Sollte tatsächlich ein Atomkrieg ausbrechen, so könnte der rechtzeitig und genügend organisierte Schutz der Zivilbevölkerung über Sieg oder Niederlage, Weiterleben oder Untergang entscheiden.

Im Staate New York wurde ein in den großen Linien von *Dewey* ausdrücklich gebilligter Bericht publiziert, in welchem der Bundesregierung der Vorwurf der Bürokratie und der Unfähigkeit, Entschlüsse zu fassen, gemacht wird. Dadurch werde die Planung zum Schutze der Zivilbevölkerung verunmöglicht. Der Bericht weist darauf hin, daß bei der Organisation der Schutzmaßnahmen 27 verschiedene Dienststellen der Bundesverwaltung auf die eine oder andere Art beteiligt seien, aber keine richtige Zentralstelle für die Koordination bestehe. Der Bericht enthält einen Vorschlag zur Ausarbeitung eines vollständigen und wohlabgerundeten Planes für den Staat New York, betont aber anderseits, die Direktiven für die Anstrengungen der einzelnen Staaten müßten von Washington kommen.

Unter *Forrestals* Leitung wurde eine gründliche Prüfung der Probleme des Schutzes der Zivilbevölkerung durchgeführt, deren Ergebnis der meisterhafte *Hopley-Plan* war. Aber keine der empfohlenen Maßnahmen gelangte zur Ausführung. Die Hauptforderung der Schaffung einer Zentralbehörde für zivile Verteidigung in Washington wurde von Truman ignoriert, indem er anordnete, die verschiedenen Funktionen der zivilen Verteidigung sollten auf eine Anzahl verschiedener Dienststellen verteilt werden. Der «National Security Resources Board» sollte die militärische und die zivile Wirtschaftsplanung für die Mobilisation aufeinander abstimmen und die rationelle Verwendung der nationalen Hilfsquellen in Friedens- und Kriegszeiten sicherstellen. Infolge Eifersüchteleien der schon bestehenden Dienststellen der Regierung ist der Rat aber weitgehend kaltgestellt worden. Bei der Planung einer eventuellen Mobilisation werden viele der hervorstechendsten Irrtümer, die zu Beginn des zweiten Weltkrieges die rasche Verwendung des Industriepotentials behinderten, wiederholt.

II.

Die Abteilungen der Wehrmacht haben in der Anpassung an die Realitäten gewisse Fortschritte gemacht. Die Schaffung einer wirksamen *wirtschaftlichen Verteidigung* scheint aber heute weiter entfernt als im Jahre 1945.

Die Gefahr eines vernichtenden Überraschungsangriffs im Atomzeitalter verlangt einen entsprechend höheren Grad des «Bereitschaftspotentials» der Wehrmachtzweige. Das Militärsystem der U.S.A. beruht aber immer noch weit eher auf dem «Mobilisierungspotential». Die Nationalgarde und die Reserven bilden das Rückgrat des Systems des «Mobilisierungspotentials». Ihnen haften heute noch die meisten Fehler und Unzulänglichkeiten an, die der Krieg aufgedeckt hat.

Auch bei den regulären Truppen zeigen sich Schwächen. Die Moral eines großen Teiles der Marineoffiziere ist heute wahrscheinlich schlechter als seit einer Reihe von Jahren. Es wurden zwar beträchtliche Fortschritte zur Lösung des technischen Problems der Bekämpfung der snorkel-Unterseeboote erzielt; aber dieses Problem ist noch immer nicht ganz gelöst worden. Im ganzen betrachtet bleibt die Kampfkraft der Flotte unter dem Standard von 1945. Die Flottenluftwaffe, die wirkliche Schlagkraft besitzt, ist ständig reduziert worden. Die britische Flotte baut jetzt zehn Flugzeugträger, wir einen einzigen. — Selbst im Jahre 1945 war die Feuerkraft sowohl der deutschen als der russischen Tanks den amerikanischen noch überlegen. Seit Kriegsende haben die U.S.A. nicht ein einziges neues Modell eines mittleren oder schweren Tanks produziert, der dann eingeführt worden ist.

Die Luftwaffe, die seit dem Krieg mit Recht in jeder Hinsicht eine Vorentscheidung genossen hat, ist besser dran. Trotzdem sind die Briten den U.S.A. hinsichtlich Düsenapparate wahrscheinlich ein bis zwei Jahre voraus. Auch ihre neuesten Jagdflugzeuge sind den amerikanischen wahrscheinlich überlegen. Auch verfügen die U.S.A. nur über eine sehr kleine taktische Luftwaffe zur Unterstützung der Erdtruppen auf kurze Distanzen. In dieser Hinsicht haben die Russen einen Vorsprung. Die Langstreckenflugzeuge der U.S.A. sind zwar den russischen hinsichtlich Reichweite, Qualität und Zahl der Apparate, technisches Vermögen und Ausbildung immer noch weit überlegen. Die Tatsache des Vorsprunges beim Wettlauf um die Atombombe scheint den Amerikanern in ihrer Selbstgefälligkeit alle übrigen Mängel wettzumachen. Die Gefahr, in der sie schweben, ergibt sich aus dem Mangel an Einsicht in die weitgehende Veränderung der Lage.

III.

Churchill hat das frühere Atombombenmonopol als Hauptgrund angeführt, weshalb die Russen in den ersten Jahren des kalten Krieges Westeuropa nicht überrannten. Die überragende Macht der amerikanischen Industrie und das natürliche Zögern auf Seiten der kommunistischen Führer, zu ihrer militärischen Stärke Zuflucht zu nehmen, solange sie mit anderen Methoden größere Gewinne erzielten, werden wohl ebenfalls eine große Rolle gespielt haben. Trotzdem war zweifellos die Atombombe das eigentliche Abschreckungsmittel, das die Russen während der Krisen des letzten Jahres davon abhielt, einen bewaffneten Überfall zu wagen. Es ist klar, daß in dieser Beziehung die Atombomben der U.S.A. viel weniger Eindruck machen, nachdem das Atommonopol gebrochen ist. Selbst wenn 1000 Bomben Rußland verwüsten könnten, muß man sich fragen, ob nicht vielleicht 100 russische Bomben die U.S.A. vernichten könnten?

In der Vergangenheit stützte sich die Strategie der U.S.A. auf die Annahme, bei einem Angriff der Roten Armee auf Westeuropa würden die Langstreckenbomber von außereuropäischen Flugbasen aus im gleichen Augenblick zurückschlagen und russische Städte, Industriezentren, Ölgebiete und Verbindungen mit Atombomben belegen. Diese Auffassung wurde sinnlos an dem Tage, an dem die U.S.A. den Atlantikpakt unterzeichneten, und die russische Atomexplosion machte sie endgültig wertlos. *Der Atlantikpakt verpflichtet Amerika, Westeuropa zu verteidigen und nicht nur es zurückzuerobern, nachdem es von den Russen besetzt worden ist.* Es genügt heute nicht mehr, die Russen zur Unterwerfung zu zwingen, nachdem sie den Westen überrannt haben. Amerika ist verpflichtet, einen Angriff auf Westeuropa zu vereiteln und in seinen Anfängen zum Stillstand zu bringen. Rußland hat heute zwei Sehnen in seinem Bogen: zur Offensivkraft der Armee kommt nun jene der Luftwaffe. Es kann nicht nur Westeuropa auf der Erde überrennen, sondern auch aus der Luft zerstören. Nicht einmal das amerikanische Gebiet ist gegen russische Luftangriffe geschützt. Die U.S.A. können sich nicht mehr auf die Atombombe als Hauptabschreckungsmittel gegen Angriffsgelüste verlassen, oder als bestimmenden Faktor ihrer Strategie im Kriegsfall. Sie müssen einen Ersatz für die Atombombe finden und sich psychologisch und militärisch neu orientieren.

In den jetzt zu Ende gegangenen Jahren der Gnade spielten im amerikanischen Denken die Atombombe und die Langstreckenbomber die Rolle der Maginotlinie. Man glaubte, sie würden im Kriegsfall einen raschen, leichten und unpersönlichen Sieg ermöglichen. Die Erkenntnis, daß dieser Glaube auf einem Irrtum beruht, ist der erste notwendige Schritt zu einer grundlegenden Neuorientierung.

Der zweite Schritt ist eine Umstellung im militärischen Denken. Im Atomzeitalter ist das Vorhandensein einer Atombomberwaffe, die ständig in höchster Bereitschaft ist, um im Falle eines Angriffes sofort verheerende Vergeltungsmaßnahmen zu treffen, das Grundprinzip jedes modernen Verteidigungssystems. Daher

haben die sogenannten strategischen Bombardierungen und die dazu nötige Bereitstellung von Langstreckenbombern, Bomben und anderen Waffen in der militärischen Planung die Priorität erhalten. Der russische Sieg über das Atom bedeutet nicht, daß Amerika seine eigene Langstreckenluftwaffe vernachlässigen darf. Denn schließlich ist die Drohung mit Vergeltungsmaßnahmen im Ausmaß von z. B. zehnmal so vielen Atombomben immer noch ein gewaltiges Abschreckungsmittel gegen Atom-bombardierungen des eigenen Landes oder Westeuropas. Daher muß die strategische Langstreckenluftwaffe in der Militärorganisation immer noch eine wichtige Rolle spielen und in jeder Hinsicht Priorität genießen. Die neue Lage lehrt aber, daß diese Priorität in der Vergangenheit, im Verhältnis zu den übrigen Bedürfnissen der Verteidigung, zu ausschließlich war und die Bedeutung der strategischen Bombardierungen wegen der russischen Atombombe und der im Atlantikpakt eingegangenen Verpflichtungen automatisch verringert wurde.

Eine Neuorientierung der Militärpolitik drängt sich auf. Die aus dem Atlantikpakt resultierenden Verpflichtungen und das Waffenhilfsprogramm zur Verteidigung Westeuropas erheischen eine Gewichtsverschiebung von der strategischen Luftwaffe auf andere taktische Gebiete und Waffen. Die Atombombe und die schweren Langstreckenbomber könnten wohl im Laufe der Zeit die Nachschubquellen und die Verbindungen der in Westeuropa operierenden Sowjetarmeen zerstören (wahrscheinlich müßte dies mit fürchterlichen Atomschäden im eigenen Lande bezahlt werden). Die Bombe könnte aber den russischen Vormarsch wohl kaum zum Stehen bringen, da sie eine Flächenwaffe ist, die gegenüber in Bewegung befindlichen Truppen wenig Wirkung hat. Größere Aufmerksamkeit muß jetzt neuen Waffen geschenkt werden, die feindliche Unternehmungen verzögern und in Unordnung bringen können; so z. B. der taktischen Kurzstreckenluftwaffe, die feindliche Armeen direkt angreift und ebenso die eigenen Armeen unterstützt, und den kleinen, aber äußerst mobilen Verbänden von Erdtruppen mit großer Feuerkraft, die unvergleichlich gut ausgerüstet sein müssen.

Das alles bringt auch eine grundlegende Änderung der Auffassung der strategischen Bombardierungen mit sich. Seit Kriegsende vertrat die strategische Luftwaffe die Ansicht, ihre Atombombardierungen würden im Kriegsfall gleichsam die Speerspitze ihrer Angriffe sein. In einer Welt mit zwei Lagern von Atombomben ist diese Annahme nicht mehr ohne weiteres gerechtfertigt. Durch Furcht erzeugte gegenseitige Zurückhaltung kann vielleicht sogar die Verwendung der Atombombe verhindern. An Stelle der Bombardierungen durch einzelne Bomber wird man vielleicht zu den Massenbombardierungen durch große Luftgeschwader zurückkehren. An Stelle der Nachtbombardierungen mittels Radar oder durch Wolkenschichten aus Höhen von 12 000 Metern wird man vielleicht wieder viel tiefer fliegen müssen, um genaue Ziele zu treffen. An Stelle von Flächenangriffen wird man sich vielleicht wieder den Punktbombardierungen zuwenden. Bei den sogenannten Präzisionsbombardierungen wurde früher eher nach Meilen als nach Metern gemessen. Moderne Bomber und ihre ausgebildeten Besatzungen sind viel zu kostbar, um sie bei wahllosen Angriffen zu vergeuden. Mit anderen Worten: «Strategische Bombardierungen» muß in Zukunft bedeuten: Sorgfältigste Auswahl ganz genau bestimmter Ziele, wie Tunnels, Brücken, Ölraffinerien etc. und äußerste Schonung der Kräfte.

Selbstverständlich ist Luftüberlegenheit die Voraussetzung für eine erfolgreiche Verteidigung Westeuropas, und sie wird entschieden in den Luftkämpfen, die eine nicht zu vermeidende Folge der strategischen Bombardierungen sind. Im letzten Krieg wurde die deutsche Luftmacht weit eher in den Luftkämpfen über deutschem Gebiet gebrochen als durch die Bomben, die auf deutsche Flugzeugfabriken und Ölraffinerien fielen. Aber erst als die schweren Bomber in Gesellschaft der Langstreckenjäger in den Kampf zogen, konnten die U.S.A. ihre Luftüberlegenheit erreichen. Tages- oder Präzisionsbombardierungen durch nicht begleitete Bomber waren nicht erfolgreich, da sie dem Feind keine Luftverluste beifügten, wie die

von Jägern begleiteten Bomber, welch' letztere den Feind schließlich in die Knie zwangen. Trotz dieser Tatsache wiederholt die Luftwaffe heute den im zweiten Weltkrieg gemachten Fehler, ihre Konzeption der strategischen Bombardierungen auf die Verwendung nicht eskortierter, schwerer Bomber aufzubauen, die tief in lebenswichtige Gebiete des feindlichen Territoriums eindringen. Generalmajor *Claire L. Chennault*, im Kriege Oberbefehlshaber der Luftwaffe in China, sagt in seinem Buch «Der Weg eines Jägers»:

«Es ist einigermaßen erschreckend, feststellen zu müssen, daß die neue, unabhängige Luftwaffe der Vereinigten Staaten in den Nachkriegsjahren ganz allmählich zurückgeglitten ist zu derselben trügerischen Lehre der nicht-begleiteten Bomber, und das so kurze Zeit, nachdem dieser Irrtum im Luftkrieg gegen Deutschland und Japan eine so blutige Richtigstellung erfahren hatte».

Die U.S.A. haben einen Bomber konstruiert, der einen Weg von 10 000 Meilen zurücklegt, aber sie besitzen keinen Jägertyp, der ihn auch nur über einen Bruchteil dieser Strecke begleiten könnte.

Die Verteidigung Westeuropas ist nur möglich, wenn die Amerikaner und ihre Alliierten die Luftüberlegenheit erzwingen und halten können. Dies kann aber nur erreicht werden, wenn das Schwergewicht von den schweren Langstreckenbombern auf Langstreckenjäger, -jagdbomber, mittlere und leichte Bomber verlegt wird. Im Zeitalter der «zwei Atomwelten» bleibt natürlich der Langstreckenbomber eine Waffe von größter Wichtigkeit, aber Westeuropa ist dem Untergang geweiht, wenn man nicht den Tausenden von russischen Jägern und anderen Apparaten, die den Erdtruppen Unterstützung bringen, auf kurze Distanzen etwas entgegenstellen kann, das mehr als gleichwertig ist.

IV.

Der einzuschlagende neue Weg auf militärischem Gebiet verlangt deshalb in erster Linie den *Wiederaufbau der taktischen Luftwaffe*. Die U.S.A. benötigen neue Langstreckenjäger oder andere Mittel irgendwelcher Art, um die Langstreckenbomber auf ihren Flügen tief in feindliches Gebiet hinein zu schützen. Es ist befremdlich, daß die Jagdflugzeuge der Flotte nie zum Schutze der Langstreckenbomber der Luftwaffe verwendet worden sind. Man könnte sie von Flugzeugträgern aus steigen lassen, die bis nahe an die feindliche Küste herangebracht würden, während die Bomber von Stützpunkten weit im Hinterland herfliegen würden. Die Vervollkommenung der Taktik und Technik dieser Art erfordert Übung. Nur durch engste Verbindung zwischen Erdtruppen und den sie unterstützenden Luftstreitkräften kann die taktische Luftwaffe entwickelt werden. Seit Kriegsende hat es in den U.S.A. keine solche Verbindung gegeben. Die Lage hat sich in letzter Zeit unter dem Druck gewisser Kreise der Armee und der Luftwaffe etwas gebessert. Trotzdem bleibt es ein offenes Geheimnis, daß die Erdtruppen mit den Leistungen und der Zahl der zu ihrer Unterstützung vorhandenen Flugwaffe nicht zufrieden sind.

Das neuerdings der taktischen Luftwaffe zugemessene Gewicht verdient auch die Aufmerksamkeit der Verbündeten der U.S.A. Dem Ausbau der zur Unterstützung der Erdtruppen vorgesehenen Luftwaffe sollte im Waffenhilfsprogramm, das die Wiederaufrichtung der westeuropäischen Militärmacht bezieht, viel mehr Platz eingeräumt werden. All das ist umso notwendiger, als Kurzstreckenflugzeuge nicht so rasch über die Ozeane geschafft werden können; viele dieser Apparate müßten wahrscheinlich auf Materialschiffen transportiert werden. Moderne Flugbasen sind teuer, erfordern komplizierte Installationen und können nicht in einem Tag eingerichtet werden. Flugabwehrgeräte und Jagdflugzeuge zum Schutze der Flugbasen, Radar-Alarmvorrichtungen, Landungskontrollsysteme und Brennstoff- und

Munitionsvorratslager sind alle zusammen Teile der Luftmacht und können selbstverständlich nicht in Eile geliefert werden. Nach Ausbruch eines Konfliktes würden einige Monate verstreichen, bis sich starke amerikanische taktische Luftstreitkräfte in Westeuropa entfalten könnten. Westeuropa muß daher bereit sein, die ersten Schläge aus der Luft selber zu parieren und durchzuhalten, bis die amerikanischen Kräfte ihm zu Hilfe kommen können.

Parallel zum Aufbau der taktischen Luftwaffe in den U.S.A. und in Westeuropa muß die Aufstellung weniger, aber bestausgebildeter Erdtruppen gehen. Die Aufstellung dieser Streitkräfte sollte nach einem Plan erfolgen, in dem bewegliche Verteidigung, starke Panzerung, Feuerkraft und Luftunterstützung als Teile eines Ganzen genau aufeinander abgestimmt sind. Anfänglich braucht der Beitrag der U.S.A. an diese alliierten Streitkräfte nicht allzu groß zu sein, aber er muß jeden Augenblick einsatzbereit sein. Als Minimum sollten drei oder vier Divisionen sogleich nach Ausbruch eines Krieges nach Westeuropa geworfen werden können, die amerikanischen Besatzungstruppen nicht eingerechnet. Für diese am Tage D zum Einsatz kommenden Truppen sollte auch größeres Gewicht auf die Panzer gelegt werden. Die Spaltenverbände der amerikanischen Armee sollten wenigstens eine oder zwei vollständige Panzerdivisionen umfassen. Dagegen muß Westeuropa den Hauptharst jener am Tage D zuerst zum Einsatz gelangenden Streitkräfte selber aufstellen, die nach dem Grundsatz ausgebildet sind: größte Beweglichkeit — Verteidigung als Gegenstoß.

Die alliierten Erdtruppen, denen die Verteidigung Westeuropas übertragen wird, sollten mit der Verzögerungs- und Abnützungstaktik des Fabius vertraut sein. Sie sollten zu diesem Zwecke besonders ausgerüstet sein, Minenfelder sollten zum voraus angelegt, Brücken zur Sprengung vorbereitet, Guerilla- und Sabotageverbände in großer Zahl organisiert werden. Auch sollten Vorbereitungen für den Einsatz kleiner Einheiten von Fallschirmtruppen getroffen werden, die im Rücken der feindlichen Linien in Aktion treten könnten. Solche Unternehmungen, welche die Ermüdung und Abnützung des Feindes durch fortgesetzte Nadelstiche bezeichnen, sollten als Unterstützung der kraftvollen Gegenangriffe und raschen Panzervorstöße der alliierten Erdtruppen organisiert werden. Die taktischen Luftstreitkräfte sollten für ihre Aufgabe vorbereitet sein, ununterbrochen die feindlichen Verbindungen unbenützbar zu machen.

Die notwendige Ergänzung zu diesem Ausbau einer dynamischen Luft- und Erdverteidigung Westeuropas ist die Erhaltung der gegenwärtig überwältigenden *Seeüberlegenheit* der westlichen Völker. Nach dem Verschwinden des amerikanischen Atommonopols ist sie wahrscheinlich ihr bedeutendster militärischer Aktivposten. Die U.S.A. können die Meere nach Belieben für ihre Zwecke benützen und den Russen deren Befahrung weitgehend verunmöglichen. Eingeschlossen in der Ostsee, im Schwarzen Meer und in den arktischen Gewässern, sind die Russen nicht in der Lage, den pazifischen Ozean zu befahren. Trotzdem ist Rußland ein furchterregender Gegner, der aber nicht unbesiegbar ist, wie dies vielleicht der Fall wäre, wenn es freien Zugang zu den Weltmeeren hätte. Die Flottenprogramme müssen deshalb auch in der Zukunft den Maßnahmen zur Bekämpfung der Unterseeboote besondere Beachtung schenken. Darüber hinaus müssen die Alliierten bereit sein, die Zugänge zur Ostsee und zum Schwarzen Meer und die Meerengen, die in den pazifischen Ozean münden, aus der Luft und vom Meer her zu verminen und für russische Fahrzeuge zu schließen. Sie müssen imstande sein, rasche Schläge aus der Luft von Flugzeugträgern aus gegen russische Häfen in der Arktis und Unterseebootsbasen zu führen und vorgeschoßene Stützpunkte und vorspringende Küstenteile im Mittelmeer und im Pazifik zu nehmen und zu halten. Die von Trägern aus operierenden Flugzeuge können bei richtigem Ausbau dieser Waffe über ein begrenztes Gebiet beinahe jeder Hochseeküste der Welt die taktische Luftüberlegenheit erlangen. Die Beweglichkeit der Seestreitkräfte befähigt dazu, die

Stellen für die amphibischen Landungen selber auszuwählen. Daher darf die Seemacht nicht an Schlagkraft verlieren. Die von Trägern aus operierenden Flugzeuge gehören ganz zur Flotte und bilden einen wichtigen Teil des militärischen Ersatzes für die Atombombe. Man muß sich jedoch klar darüber sein, daß die Kontrolle über die Meere nicht erreicht werden könnte, wenn es den russischen Land- und Luftstreitkräften gelänge, die norwegischen und westeuropäischen Häfen als Unterseebootsbasen und Marinestützpunkte zu verwenden. Auch auf alliierter Seite sind es in erster Linie die Land- und Luftstreitkräfte, die den Russen den Zugang zu diesen Häfen verwehren müssen. Daher muß beim Ausbau der eigenen militärischen Einrichtungen und im militärischen Hilfsprogramm für Europa die Priorität der taktischen Luftwaffe zur Unterstützung der Erdtruppen und der Schaffung einer beweglichen, schlagkräftigen Armee eingeräumt werden.

Diese wichtigen militärischen Maßnahmen benötigen als Untermauerung militärisch-zivile Vorbereitungen an der Heimatfront. Einige sind bereits erwähnt worden. Auch sind Sofortmaßnahmen zur Behebung gewisser offensichtlicher militärischer Schwächen bei den Außenposten zu ergreifen. Solange die Drohung eines Atomangriffes auf Amerika besteht, müssen alle komplizierten Einzelheiten der passiven zivilen Verteidigung in Angriff genommen werden. Dazu kommt die Forderung nach Verbesserung des Nachrichtendienstes. *Lapp* sagte in seinem am 22. November 1949 an der Universität von Puerto Rico gehaltenen Vortrag «Die Vereinigten Staaten, Rußland und die Atomkriegsführung»:

«Wir müssen bemüht sein, genaue Nachrichten zu erhalten über die Absichten und Fähigkeiten des Feindes. Um diese Informationen zu erhalten, müssen wir bereit sein, außergewöhnlich zu handeln, denn unser Leben hängt vielleicht davon ab... Die Russen haben ihre Bombe wenigstens zwei Jahre früher fertiggebracht als die besten amtlichen Schätzungen angaben. Das ist der greifbare Beweis für einen Hauptmangel bei unserem nationalen Sicherheitsdienst. Wir täuschten uns über die Zeit der ersten russischen Versuche. Wir können es uns nicht leisten, uns nochmals zu täuschen...».

Die militärischen Anlagen in Alaska weisen schwere Mängel auf. Hier ist Schwäche besonders gefährlich, da Alaska Rußland am nächsten liegt und die höchst wichtigen Industriegegenden des Nordwestens bewacht. In Okinawa, dem jetzigen Hauptstützpunkt im Westpazifik, haben schlechte Unterbringung der Truppen, schlechte Führung und daraus resultierende schlechte Haltung und Disziplin eine Lage geschaffen, die nach sofortiger Behebung der Übelstände ruft.

Die hier skizzierte Umstellung in militärischen Belangen ist der Hauptteil der Antwort auf die Frage: Was ist der Ersatz für den Verlust des Monopols über die Atombombe? Es ist natürlich keine vollständige Antwort. Selbst wenn die U.S.A. die militärischen Kräfte und einen strategischen Plan des hier beschriebenen Typs besitzen, können sie nicht darauf zählen, im Kriegsfall zu siegen. Sie würden aber eine rasche Eroberung Westeuropas verhindern und eine Deckung bilden, hinter der die große See-, Luft- und industrielle Überlegenheit des Westens mobilisiert und zu maximaler Wirkung gebracht werden könnte. Wenn die U.S.A. einen Zustand der Bereitschaft erlangen, der den modernen Erfordernissen einer neuen Weltlage entspricht, sollte Rußland vielleicht doch überzeugt werden können, daß es sich nicht lohnt, mit dem Gedanken an einen Angriffskrieg zu spielen. Es würde dann, daß ihm selbst der Besitz der Atombombe keinen Blitzsieg garantiert.

Wenn die für die Sicherheit der Vereinigten Staaten notwendigen elementarsten Maßnahmen zur Wirkung gelangen sollen, bleibt noch viel zu tun, und es bleibt nicht allzu viel Zeit zum Handeln».

Miles

Londoner Brief

Für zwei Wochen ist London wieder einmal das Zentrum, wenn nicht der Weltpolitik, so doch der Weltdiplomatie gewesen. Die beiden Konferenzen, die in der ersten Hälfte Mai stattfanden — zuerst der drei Außenminister von Großbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten, dann des Rates des Atlantikpakts — haben die Welt daran erinnert, daß Großbritannien dazu bestimmt ist, der Führer des westlichen Europas und zugleich seine wichtigste Verbindung mit der anderen Küste des atlantischen Ozeans zu sein. Die Welt hat freilich in den letzten Jahren so viele internationale Konferenzen erlebt und an ihrem Schluß so viele optimistische Communiqués gelesen, daß sie ziemlich skeptisch geworden ist, — und so nimmt denn auch das englische Publikum die publizierten Ergebnisse der Maikonferenzen nur mit «vorsichtigem Optimismus» auf. Immerhin darf man sagen, daß sie einen Schritt vorwärts bedeuten und das Vertrauen zur Aufrechterhaltung des Friedens durch Zusammenfassung der Kräfte des Westens gestärkt haben.

Besonders begrüßt worden ist der

Ausbau der Organisation des Atlantikpaktes.

Der Rat hat beschlossen, ein permanentes Gremium von Vertretern der Minister der Vertragsstaaten zu schaffen, das jederzeit zusammentreten kann und für dessen Tätigkeit ein Vorsitzender verantwortlich sein wird, den dies Gremium aus seiner Mitte wählen wird. Das gibt zum mindesten die Chance, daß die ebenso schwierigen wie dringenden Probleme, welche die Vertragsstaaten zu lösen haben, in Angriff genommen und ihrer Lösung zugeführt werden in einem Tempo, das mit dem Gang der Ereignisse Schritt hält. Das dringendste Problem ist natürlich das der gemeinsamen Verteidigung. Dementsprechend bestimmt die vom Rat beschlossene Instruktion, daß der Vorrang, die «erste Priorität», einzuräumen ist der Vereinheitlichung der Verteidigungspläne der einzelnen Vertragsstaaten. Ebenso wichtig ist die Anweisung, daß «das Problem der zureichenden Militärmacht und der dafür notwendigen finanziellen Aufwendungen als ein einheitliches und nicht als zwei getrennte Probleme zu behandeln» seien. Das ist sicherlich methodisch richtig, wenn es auch bei weitem leichter ist, das Problem zu formulieren als es zu lösen. Die erste Voraussetzung dafür ist, daß man an seine Lösbarkeit glaubt, und diesen Glauben spricht der Rat mit aller Entschiedenheit aus. Das ist gewiß keine ungerechtfertigte Hoffnungsseligkeit. Denn wer kann bestreiten, daß «die zusammengefaßten Kräfte der im Atlantikpakt vereinigten Staaten» groß genug sind, um eine ausreichende Verteidigungsmacht aufzustellen, ohne den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt zu gefährden, vorausgesetzt nur, daß die Aufgaben und Leistungen der einzelnen Staaten richtig aufeinander abgestimmt und gegeneinander abgewogen werden? Die militärischen Sachverständigen sind überzeugt, daß ein solcher von oben festgestellter einheitlicher Plan letzten Endes geringere Kosten verursachen wird als die nicht koordinierten einzelstaatlichen Rüstungen sie bedingen würden. Die Minister, die diesem Plan als Mitglieder des Atlantikrates zugestimmt, haben damit freilich auf ein gutes Stück der einzelstaatlichen Souveränität verzichtet. Aber darin spricht sich gerade der Fortschritt der Entwicklung aus. Wie groß er ist, macht man sich klar, wenn man etwa an die Wutausbrüche denkt, mit denen Kaiser Wilhelm II. jede Anregung begrüßt hat, die seine Souveränität im Ausbau seiner Flotte zu begrenzen schien.

Was die vorangegangene

Drei-Minister-Konferenz

anlangt, so findet von ihren Beschlüssen das größte Interesse die Erklärung über Deutschland und seine zukünftige Entwicklung. Man kann mit ziemlicher Sicherheit sagen, daß die englische öffentliche Meinung jeden Schritt begrüßt, der es den Deutschen erleichtern soll, sich in die Gemeinschaft der freien Völker Europas einzugliedern, wie es diese Erklärung ausdrückt. Das erklärt sich nicht nur aus der politischen Einsicht, daß eine Mitwirkung Deutschlands die Verteidigung Europas gegen einen russischen Angriff erleichtern, ja vielleicht überhaupt erst ermöglichen werde. Der wichtigste psychologische Grund ist, daß für die meisten Engländer ein besiegter Feind aufhört, ein Feind zu sein. Vielleicht bei keinem Volk spielt das Ressentiment eine so geringe Rolle wie bei dem englischen. Bei manchen Engländern hat es sogar die Tendenz, in das Gegenteil umzuschlagen. Ein englischer Historiker, der die Behandlung des Versailler Vertrages in der öffentlichen Meinung erörtert, hat auf seine Landsleute das Epigramm geprägt: «Victrix causa diis placuit, sed victa victoribus». So sind auch jetzt manche englische Zeitungen bei Differenzen zwischen den Deutschen und den alliierten Besatzungsbehörden geneigt, sich auf die Seite der Besiegten zu stellen. Aber die gemeinsame Vertrauenserklärung der drei Minister für die drei verantwortlichen Kommissare in Deutschland wird doch allgemein begrüßt, schon weil sie Gerüchte über tiefgreifende Differenzen der Besatzungsmächte zum Schweigen bringt. Auch das Versprechen des allmählichen Abbaus der Kontrollen für ein Deutschland, «in dem wahre Demokratie herrscht und die gerechte Freiheit des Individuums gesichert ist», findet allseitige Zustimmung. Denn der Engländer glaubt an Demokratie und Freiheit, gleich viel zu welcher Partei er sich rechnet.

Diese Proklamation wird aber an Bedeutung bei weitem übertroffen durch den

Vorschlag des französischen Außenministers Schuman,

die französische und die deutsche Kohlen- und Stahlindustrie unter eine gemeinsame unparteiische Kontrolle zu stellen. Wie man sich auch sachlich zu dem Vorschlag stellen mag, darüber ist man einig, daß Mr. Schuman sich als ein wahrer Staatsmann von kühner Initiative erwiesen hat. Die tiefe Kluft, die Deutschland und Frankreich seit drei Generationen trennt, erscheint den Engländern als der wichtigste Grund, der Europa hindert, Ruhe und Frieden zu finden, und sie danken es dem französischen Minister, daß er einen Weg angedeutet hat, der vielleicht über diese Kluft hinwegführen kann. Im Namen der Bewegung für ein geeinigtes Europa hat Churchill den Schuman-Plan warm als einen Beitrag zur politischen Stabilität und Einigung des Weltteils begrüßt. Aber er hat in seiner jüngsten Rede in Edinburgh die Warnung hinzugefügt, Großbritannien müsse darüber wachen, daß die geplante Zusammenfassung der europäischen Industrie nicht zu einer Bedrohung des Niveaus der britischen Löhne und des britischen Lebensstandards führe. Nicht nur aus diesem Grunde wird von mancher Seite angeregt, Großbritannien solle mit seiner eigenen Industrie der geplanten Organisation beitreten. Sowohl in Frankreich wie in Deutschland, heißt es, existieren Strömungen, die «Neutralität» in dem drohenden Konflikt zwischen Ost und West, das heißt eine Herauslösung ihrer Länder aus der geschlossenen Front Westeuropas, befürworten. Daß das nicht im Sinne Schumans liegt, ist keinen Augenblick zweifelhaft. Aber wer kann dafür garantieren, daß die geeinte Schwerindustrie auch in Zukunft nicht solchen Plänen dienstbar gemacht wird? Eine Beteiligung Englands würde solche «isolationistischen» Tendenzen im Keime ersticken.

In diesem Zusammenhang mag eine Anregung von Sir Arthur Salter für den weiteren Ausbau der Europäischen Union erwähnt werden. Sir Arthur hat dem

Unterhaus lange Jahre als Vertreter der Universität Oxford angehört und war als einer seiner besten und selbständigen Köpfe anerkannt; die Beseitigung des Wahlrechts der Universitäten hat auch ihn von der parlamentarischen Tribüne ausgeschlossen. So hat er denn in der «Times» seine Gedanken in zwei lesenswerten Artikeln niedergelegt. Das Projekt eines Europäischen Zollvereins hält er aus guten Gründen für unausführbar. Wohl aber könnten die Mitglieder der Europäischen Union sich auf einen Maximaltarif einigen, der von keinem Mitglied überschritten werden darf. Für Großbritannien würde das den besonderen Vorteil haben, daß es nicht genötigt ist, zwischen der Europäischen Union auf der einen und seinem überseeischen Reich auf der anderen Seite zu wählen. Denn dieser Maximaltarif würde Vorzugstarife für Dominien nicht ausschließen. Man darf annehmen, daß diese und andere Vorschläge Sir Arthur Salters noch zu lebhaften Erörterungen führen werden.

Das Parlament steht vor seinen Pfingstferien. Aber wenn die Parteiführer auf die Monate seit der Neuwahl zurückblicken, so haben sie auf allen Seiten wenig Ursache zu besonderer Befriedigung. Die Regierungspartei hat — von einem unbeträchtlichen Zwischenfall abgesehen — bei allen Abstimmungen eine Mehrheit gehabt, wenn sie auch einmal nur durch die Stimme des Vorsitzenden gerettet wurde. Aber ihre

einige positive Leistung ist das Budget,

von dem auch die Freunde des Schatzkanzlers nicht behaupten, daß es irgendwo Begeisterung erregt habe. Cripps hält mit der doktrinären Hartnäckigkeit, die ihn auszeichnet, an der These fest, daß der Staat an seinen Ausgaben nirgends sparen könne und daß der Engländer sich eben mit dem Gedanken abfinden müsse, daß 40 % des nationalen Einkommens weggesteuert werden. Wenn er eine Steuer erleichtert, erhöht er eine andere, und der leitende Gedanke ist dabei, daß die Zahl der Wähler, die davon profitieren, größer ist als die der Wähler, die darunter leiden. Dabei kann er sich darauf verlassen, daß auch die Konservativen sich hüten werden, in einem Zeitpunkt, wo Neuwahlen jederzeit eintreten können, eine große Anzahl von Wählern zu verstimmen. Wie so oft, zeigt eine Kleinigkeit auch den Charakter des Budgets am deutlichsten. Zwei Gesellschaften, die Automobile fabrizieren, haben ihren leitenden Direktoren, die sie für besonders erfolgreich und fähig halten, im vorigen Jahre eine sehr erhebliche Zuwendung gemacht, die an die Gegenleistung der Verpflichtung geknüpft war, nicht in die Dienste der Konkurrenz zu treten. Dabei hatten sie genau die Grundsätze beachtet, welche die Judikatur seit langem darüber entwickelt hat, wann eine solche Zuwendung nicht als einkommensteuerpflichtig anzusehen ist. Sir Stafford Cripps, der natürlich diese Rechtsprechung ebenso gut kennt, hat darauf in sein neues Budget eine Klausel aufgenommen, der solche Zuwendungen *rückwirkend* mit einer Steuer von etwa 99 % belegt. Der nicht eingestandene, aber wirkliche Grund dieser Klausel ist das Mißfallen, mit dem die Gewerkschaften diese Zuwendungen aufgenommen haben. Dieses Motiv ist stärker als die Bedenken, die ein erfahrener Jurist, wie Cripps, gegen die Verletzung eines der wichtigsten Grundsätze des Rechtsstaates haben müßte. Die Konservativen haben zwar diese Bedenken in der Debatte hervorgehoben, aber sie haben nicht dagegen gestimmt. Um so deutlicher zeigen die Korrespondenzspalten der großen Zeitungen, wie sehr dieser Verstoß die Rechtslehrer und anderen Juristen Englands beunruhigt.

Es ist bezeichnend, daß fast die einzige Rede, die im Parlament so etwas wie eine Sensation machte, von einem Labourabgeordneten kam, der von Attlee wegen Indisziplin entlassen worden war. Mr. Evans hatte sich als parlamentarischer Sekretär des Ernährungsministeriums unmöglich gemacht, weil er die Subventionierung der Landwirtschaft durch die staatlich regulierten Preise scharf kritisiert

hatte. Nach parlamentarischem Brauch hat jeder Minister, der zu seinem Rücktritt genötigt war, das Recht, seine Haltung vor dem Parlament zu rechtfertigen, und Evans machte davon in einer Weise Gebrauch, die sehr deutlich zeigte, daß ihm nichts ferner liegt als Reue. Viele seiner Argumente müssen bei zahlreichen seiner Parteifreunde ein sympathisches Echo gefunden haben. Aber sie schwiegen! Denn die Partei ist ängstlich bemüht, ihre Chancen in den ländlichen Wahlkreisen nicht zu verschlechtern.

So steht die ganze parlamentarische Tätigkeit unter dem

Schatten der drohenden Wahlen.

Noch weiß niemand, wann sie kommen, noch wohin sie führen werden. Weder die Nachwahlen zum Unterhaus noch die kürzlich vorgenommenen Kommunalwahlen lassen eine starke Strömung nach der einen oder anderen Seite erkennen. Das einzige, was voraussichtlich eine Entscheidung mit ziemlicher Sicherheit bringen würde, wäre ein Wahlbündnis von Konservativen und Liberalen. Churchill spricht das auch offen aus, und sicherlich stimmen ihm viele Liberale zu. Aber die liberale Parteileitung beharrt auf ihrer negativen Haltung.

Ignotus

Brief aus Deutschland

Wer in den Tageszeitungen der letzten Monate die Berichte über Deutschland studierte, wird vielleicht bisweilen die Augenbrauen besorgt hochgezogen und sich die Frage gestellt haben: «Werden die Deutschen wieder wie einst ...?» Indessen muß man Dinge wie den Hedler-Prozeß, die Salzgitterunruhen, die Differenzen mit der Hochkommission über die Steuerreform und das Beamtengesetz, sowie die spröde Haltung zu «Straßburg» nicht für mehr nehmen als sie sind: Geburtswehen einer selbständigen Politik der Bundesrepublik. Man muß in Rechnung stellen, daß aus der Lage Deutschlands «zwischen den Stühlen» mit Interessen dies- und jenseits des eisernen Vorhangs und endlich mit den Fäden, die sich von drei westlichen Metropolen über Bonn zum Petersberg, dem Sitz der alliierten Hochkommission, hinziehen, eine gewisse Empfindlichkeit der westdeutschen Politik resultiert, die sich mit einer Seismographen vergleichen läßt, welcher auch die Erschütterungen fernerer Gebiete sofort registriert. Man vergegenwärtige sich die Einzelinteressen, die sich selbst bei dezenter Handhabung des Besatzungsstatuts noch bis in die Entscheide des Bonner Kabinetts hinein auswirken: britische Konkurrenzangst, Sicherheitsbedürfnis und Reserviertheit der Franzosen und amerikanische Besorgnis darüber, daß ein eventuelles Defizit des Bundeshaushaltes den Marshallplan belasten könnte. Hinzu kommt noch, daß die Politik Westdeutschlands neben der realen Auswirkung auch eine ideelle hat: im Osten Deutschlands nämlich verfolgen Millionen Deutscher mit großer Aufmerksamkeit die Entwicklung in Westdeutschland. Der Eindruck, den sie dabei von der Handlungsfreiheit Bonns gewinnen, ist von ausschlaggebender Bedeutung dafür, ob sie sich fatalistisch in die Politik der dem SED-Druck nachgebenden Ost-CDU und -LDP schicken oder ob sie ihre Hoffnungen weiterhin westlich der Elbe und des Thüringer Waldes suchen. Eine unsichere Note brachte zeitweilig auch die zwiespältige Einstellung der Hochkommission zur Bonner Regierung in die Verhältnisse: in wirtschaftlicher Hinsicht zeigte der Petersberg bisweilen kaum verheimlichte Sympathien für die sozialdemokratische Opposition, während er außenpolitisch den Kurs Adenauers im großen ganzen billigte.

Wenn über die Summe dieser Erscheinungen der Bundeskanzler Adenauer

mit seinem Unmut nicht immer hinter dem Berge hielt, so mochten im Ausland derlei Töne manchmal befremdlich wirken. Seine z. T. deutlich in westlicher Richtung gesprochenen Reden in München und Berlin entsprangen jedoch der ehrlichen Sorge um eine wirklich «europäische» Politik des Westens, ehe es zu spät ist. Freilich konnte aus seinem Munde der Vorschlag einer französisch-deutschen Union in Frankreich kaum auf ein positives Echo stoßen. Indessen geht die Politik nicht immer gerade Wege: sein Wunsch konnte doch wohl kaum ein greifbareres Ergebnis zur Folge haben als den soeben verkündeten

Plan Robert Schumans

zur Vereinigung der französischen und deutschen Grundindustrien. Das ist der entscheidendste Schritt, der von Frankreich seit Kriegsende in Richtung auf eine Einbeziehung Deutschlands in das europäische Konzept getan wurde. Wenn auch neben Italien gerade Frankreichs und Deutschlands Politik deutlich auf den Gedanken einer europäischen Föderation hinarbeiteten (dies ist beiderseits des Rheines sogar in den Verfassungen vorgesehen!), so ist es doch von außerordentlicher Bedeutung, daß hier gerade von französischer Seite das Eis gebrochen wurde. Daß es sich dabei um mehr als um eine Geste handelt, beweist die Aktivität, mit welcher die französische Diplomatie und Wirtschaft diese Aufgabe bereits in Angriff genommen haben. In den Kommissionen der Alliierten zur Überwachung der deutschen Industrien, in denen Frankreich im Dreiergespann bisher zumeist die Bremse bediente, ist es nunmehr im Begriff, selbst aktiv in die Zügel zu greifen. Ja, es wird diesmal bereits aus London und vom amerikanischen Hochkommissar McCloy darauf hingewiesen, daß derlei weittragende Abmachungen zwischen der Bundespolitik und Frankreich erst von der Hochkommission, d. h. in diesem Falle von London und Washington gebilligt werden müßten. Da jedoch auch Präsident Truman den Plan als einen praktischen Weg zu einer westeuropäischen Wirtschaftssolidarität begrüßte, werden die Widerstände, die der Verwirklichung des Schuman-Planes von außen her entgegentreten könnten, wohl mehr hinhaltender als kategorischer Natur sein. Daß freilich bis zur Verwirklichung des Planes auch auf beiden Seiten noch Schwierigkeiten zu überwinden sein werden, ist gewiß. Das Bewußtsein aber, daß Schumans Vorschlag wohl die große Chance für Deutschland, ja vielleicht für Europa ist, wird bei den bevorstehenden Verhandlungen zweifellos den Ausschlag geben. Bedauerlich ist es, daß im Gegensatz zu den französischen Sozialisten die SPD als Antwort auf das Saarabkommen weiterhin zu schmollen beliebt, wie sie sich ebenso konstant gegen den Eintritt der Bundesrepublik in den Europarat sträubt. Indessen darf man bei diesem Michael-Kohlhaas-Spiel des SPD-Führers Dr. Schumacher doch annehmen, daß selbst bei einer mit dem Unionsplan verbundenen Versteuerung der deutschen Kohle die überwiegende Mehrheit in Westdeutschland, einschließlich vieler Wähler der SPD, sich lieber an einem lauwarmen europäischen Ofen die Hände reibt, als sich vor einem überheizten nationalen Ofen einen neuen Hitzkopf zu holen. Dies umso mehr, als die Westmächte nun auch in London in einem gemeinsamen Communiqué eine erhebliche Lockerung der Kontrolle, sowie die de-facto-Anerkennung des Friedenszustandes in Aussicht stellten. Wenn auch keine greifbaren Beschlüsse gefaßt wurden, so konnte man die Zurücknahme der beiden Vetos der Hochkommission (Steuerreform und Beamten gesetz) als freundlichen Reflex dieser Entwicklung betrachten. Auch von deutscher Seite wurde ein entscheidender Schritt getan: die Regierung Adenauer entschied sich nunmehr trotz Saarkomplex uneingeschränkt für den Eintritt Westdeutschlands in den Europarat.

Alles in allem: die Bundesrepublik ist im Begriff, sich aus dem Spannungsfeld zwischen den Fronten eindeutig auf die westliche Seite zu begeben.

Klaus Colberg

Brief aus Österreich

Sang- und klanglos sind die Jahrestage des Einmarsches der sowjetischen Truppen in Wien, der Ausrufung der ersten österreichischen Regierung und der deutschen Kapitulation am 7. Mai vorübergegangen. Ein paar Kranzniederlegungen auf den Gräbern der gefallenen russischen Soldaten, ein paar nichtssagende Ansprachen des Wiener Bürgermeisters Körner und die dazugehörenden Erwiderungen aus dem Munde sowjetischer Offiziere — das war alles, was nach fünf Jahren von der «Befreiung» übrig blieb. Kein einziger Minister war erschienen und wie auf Kommando brachte keine der österreichischen Zeitungen — außer den kommunistischen — einen Artikel der Erinnerung an diese historischen Tage. Man kann das verstehen, wenn man um die Enttäuschung, ja Erbitterung der Österreicher weiß, die fünf Jahre nach Kriegsende die fremden Soldaten der vier Okkupationsmächte im Lande haben. Demonstrationen und Aufbegehren liegen der Mentalität des Alpenmenschen nicht — sie hätten auch kaum einen Sinn, und so äußert sich also die ganze Antipathie des Volkes in dieser stillen, aber nicht mißzuverstehenden Ignorierung.

Vom Staatsvertrag redet niemand mehr, seitdem man weiß, daß die Russen diese für das ganze Land so wichtige Frage für ihre Propaganda offen mißbrauchen. Sie haben jetzt einen neuen Grund für ihre Weigerung, die fast fertigen Verhandlungen über den Vertragsentwurf zu beenden: den Neofaschismus. Damit meinen sie vor allem den «Verband der Unabhängigen», schließlich aber auch die «Junge Front» der Volkspartei, in denen sie mit einem gewissen Recht die ärgsten Gegner für ihre Bestrebungen der Gleichschaltung der politischen Parteien und des Staates vermuten. Seit Wochen läuft nun schon ein von Moskau befohlener Terrorfeldzug gegen die Unabhängigen, der sich in zahlreichen Versammlungssprengungen und anderen Terrorakten der Kommunisten äußert. Lange hat die Regierung dem zugesehen — nun aber scheint man sich doch der schweren Folgen dieser Politik bewußt zu werden. Eine gewisse Ironie stellt die Tatsache dar, daß die Russen und Kommunisten noch im Vorjahr nichts gegen das Auftreten des VdU bei den Wahlen einzuwenden hatten — eben weil sie sich davon eine Spaltung und leichtere Liquidierung der bürgerlichen Front erhofften. Nun, da sich aber zeigte, daß der VdU starke Einbrüche ins sozialistische Lager erzielen konnte, und sich überhaupt auf Seiten der Regierungs- parteien eine staatspolitische Einstellung gegenüber der neuen Konkurrenz bemerkbar macht, beendet Moskau die Zeit des wohlwollenden Attentismus und zeigt, daß es auch anders kann.

Nationalismus — von Moskaus Gnaden

Der Druck, den die russische Besatzungsmacht und die Kommunisten in der Ostzone ausüben, hat nun zu einer Spaltung des dort recht schwachen VdU geführt. Der Landesobmann von Niederösterreich und sein Geschäftsführer sind mit dem Hinweis auf die «westliche» Politik der Unabhängigen ausgetreten und haben sich der erst jüngst gebildeten Nationalen Liga angeschlossen. Diese wird von dem früheren SS-Offizier Dr. Slawik geführt und hat sich klipp und klar für Rußland ausgesprochen. Es sind natürlich keineswegs ideelle oder weltanschauliche Gründe, die diese Gruppe deutschnationaler Desperados zu einer solchen Wendung veranlaßt haben. Vielmehr hat die drakonische Handhabung der NS-Gesetze diese Menschen um Beruf und Brot gebracht, ohne daß es für sie eine Aussicht auf ein besseres Morgen gibt. Dagegen haben die Russen all' jenen, die einmal Hitler gedient haben, sich jetzt aber zu ihnen bekennen, verziehen und sie sogar teilweise in ihre alten Ämter eingesetzt. Ein hoher Gestapobeamter, der vor einigen Jahren zu einer hohen Gefängnisstrafe verurteilt wurde, sitzt heute — nachdem ihn die Russen ohne Be-

fragen der österreichischen Justiz aus dem Gefängnis in Stein geholt hatten — als hoher Polizeibeamter in Ostberlin. Und eben dasselbe wollen auch die Nationalbolschewisten um die Nationale Liga und den Nationaldemokratischen Verband erreichen. Ihre Anhängerschaft ist heute naturgemäß noch gering, doch haben deren geschlossene Zusammenkünfte starken Zulauf. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Russen in ihrer Zone das deutsche Experiment mit einer «Nationalen Front» wiederholen. Es ist jedenfalls bemerkenswert, daß sich Menschen finden, die nicht mehr an das Abendland glauben und ihre einzigen Hoffnungen an den Osten knüpfen. Zweifellos auch ein Beweis dafür, wie fehlerhaft die Politik der Westmächte, aber auch die der österreichischen Regierung in den letzten Jahren war.

Die politische Lage

hat sich — wie die in den letzten Wochen durchgeführten Gemeindewahlen in Vorarlberg, Tirol, Kärnten, Steiermark und Niederösterreich beweisen — nur wenig verändert. Überall konnten die Sozialisten einen Teil ihrer Verluste vom Herbst des Vorjahres wieder gutmachen. Die Verlierer waren zumeist die Unabhängigen, deren schwankende und unklare Politik eine große Enttäuschung ausgelöst hat. Nur in Vorarlberg und in Kärnten konnte sich der VdU gut behaupten. Die Volkspartei, die sich am allgemeinen nicht schlecht geschlagen hat, erlebte durch die Extratour des Tiroler Landesrates Dr. Gamper in Innsbruck eine unangenehme Überraschung, die beweist, daß auch hier noch manche Krisen im Schoße dieser Partei ruhen. Unverändert blieb auch die schwache Stellung der Kommunisten, die ihre Mandate nur mit Unterstützung der Linkssozialisten halten konnten. Sie lenken zwar durch ihre gut organisierten Aktionen immer wieder die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich — aber so wie der Neonazirummel wird sich auch die von ihnen mit viel Hysterie und Heuchelei geführte Aktion des «Friedensrates» totlaufen.

Eine Sensation ohnegleichen war der unerwartete Verzicht des neu ernannten Erzbischofs-Koadjutors Dr. Jachym auf sein ihm vom Papst verliehenes Amt. Er hat nun schließlich doch seine Bedenken gegen seine Ernennung zurückgezogen, doch fragt man sich überall, wozu diese Weigerung gut gewesen sein soll. Zweifellos war sie kein Protest gegen die Politik des Vatikans (wie die Kommunisten behaupten), sondern eine nach längerer Überlegung gewonnene, ehrliche Überzeugung des Geistlichen, der noch zu jenen Menschen gehört, die ihr Amt auch richtig ausüben möchten — aber sein «Non possum» hat doch viel unnötiges Rätselraten hervorgerufen und war kein Gewinn für das Prestige des Katholizismus in Österreich.

Von den das ganze Volk bewegenden Fragen steht schon seit Monaten

das Wohnbauproblem

im Scheinwerferlicht, ohne daß freilich in dieser Frage bisher auch nur der geringste Fortschritt gemacht wurde. Man hat sich seit 1945 nie dazu entschließen können, dem Wohnraummangel durch ein zwar hartes, aber notwendiges Wohnraumanforderungsgesetz abzuhelfen. So kommt es, daß in Wien 80 000 Haushalte ohne Wohnung dastehen, anderseits aber 59 % der Wohnungen unterbelegt sind. Also sucht man den Ausweg im Neubau. Leider ist aber dazu im Budget kein Geld vorhanden und die Bestimmungen des vor zwei Jahren verabschiedeten Wohnungswiederaufbau-gesetzes (das zweimalige Leistungen des Bundes in der Höhe von 500 Mill. S vorsah) sind auf dem Papier geblieben. Die große Hoffnung war durch lange Wochen der ERP-Fonds — aber dieser hat für den Wohnbau kein Geld hergegeben und so die Regierung gezwungen, sich mit eigenen Mitteln zu helfen. Die Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien sind noch nicht beendet, aber es scheint so, als ob die Volkspartei den Sozialisten die Initiative überlassen wollte. Diese haben nämlich

bereits ihren Plan bekannt gegeben: ein 10%iger Zuschlag zu den derzeit geltenden Ansätzen der Körperschafts-, Einkommens- und Lohnsteuer soll die Grundlagen für einen Wohnbaufonds bilden, von dem aus die Gemeinden beteiligt werden. Für unterbelegte Wohnungen (über zwei Zimmer) soll eine Abgabe eingeführt werden und den Gemeinden soll auch das Recht der Grundbeschaffung — gegen Entschädigung nach dem Verkaufswert — übertragen werden. Selbstverständlich wird grundsätzlich am Mieterschutz festgehalten und jede Hausherrenrente abgelehnt. Einer Erhöhung der Mietzinse, die ja seit zwanzig Jahren fast gleich geblieben sind, sind die Sozialisten aus dem Wege gegangen; dies wäre unpopulär, wenn auf diese Weise freilich auch jede Instandhaltung des Hausbesitzes unmöglich gemacht wird. Man wird jetzt sehen, wie lange um die Finanzierung des Wohnungsbaus gefeilscht werden wird. In diesem Jahr aber wird nichts mehr gebaut werden können. 300 000 wohnungslose Familien müssen also weiter warten.

Der Staat ist eine lebendige Wirklichkeit nur durch sein Volk. Das Volk ist aber nicht die Summe der gegenwärtig lebenden Individuen, wie die individualistische Staatslehre denkt, sondern ein Kontinuum von Generationen, die unter sich schicksalhaft verbunden sind.

Unsere Verfassung ist kein entliehenes Kleid, sie ist ein Stück unseres Wesens.

Max Huber